

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale unterstützen die Revision des Güterkontrollgesetzes
Für Rückfragen	Tiana Angelina Moser, Mobile +41 76 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	1 .März 2010

Die Grünliberalen befürworten die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Güterkontrollgesetzes. Mit dem Kriegsmaterial- und dem Kriegsmaterialgesetz verfügt die Schweiz über relativ gute Grundlagen. Die Grünliberalen haben jedoch stets kritisiert, dass die heutige Umsetzung durch den Bundesrat nicht zufriedenstellend ist. Mit der vorliegenden Revision des Güterkontrollgesetzes besteht eine Möglichkeit, die gesetzliche Situation und somit die heikle Gratwanderung zwischen wirtschaftlichen Interessen und ethisch und moralischen Fragen weiter zu verbessern. Der Bundesrat hätte dank der Revision über die Möglichkeit verfügt, Bewilligungen zur Wahrung der Landesinteressen zu verweigern.

Mit dem Kriegsmaterialgesetz resp. der Verordnung und dem Güterkontrollgesetz haben wir heute bereits relativ gute gesetzliche Grundlagen. Allerdings sind die Grünliberalen mit der Umsetzung durch den Bundesrat nicht zufrieden. Die Grünliberalen haben das bereits im Abstimmungskampf zur Volksinitiative zum Verbot von Kriegsmaterialexporten deutlich zum Ausdruck gebracht. Es ist uns beispielsweise ein Rätsel, wie unter diesen Umständen der Export von Kriegsmaterial nach Pakistan im April 2008 freigegeben werden konnte. Pakistan weist alles andere als eine politische Lage und Stabilität auf, um eine Lieferung von Kriegsgütern freigegeben zu können. Vorfälle wie die umfunktionierten PC Flieger im Tschad oder die Lieferungen nach Pakistan müssen in Zukunft verhindert werden. Sie machen die Schweiz unglaubwürdig, verhindern längerfristig einen Kompromiss wie wir ihn heute mit dem Gütermaterial- und Kriegsmaterialgesetz haben und gibt Radikallösungen Vorschub.

Mit der Vorlage zur Revision des Güterkontrollgesetzes zeigt der Bundesrat Willen, die Situation zu verbessern und die Grünliberalen wollen die Bedenken aus dem Abstimmungskampf ernsthaft aufnehmen und ihre damaligen Zusagen für Verbesserungen jetzt auch umsetzen. Die Revision gibt dem Bundesrat die Kompetenz im Einzelfall Bewilligungen zu verweigern, wenn es die Wahrung von wesentlichen Landesinteressen es erfordert. Die Grünliberalen unterstützen somit konsequenterweise diesen Revisionsvorschlag.